



**Unterstützen statt abwürgen:
Privater Wohnungsbau in Dresden boomt**

Im Mai veröffentlichte die Landeshauptstadt ihre aktuellen Statistiken zum Thema „Bauen und Wohnen“. Dabei wird vor allem eines deutlich: Der private Wohnungsbau in Dresden boomt wie schon seit Jahren nicht mehr und ist in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich gestiegen. Für die FDP/FB-Fraktion einmal mehr der Beweis, dass der einzig richtige Weg, um den Wohnungsmarkt der Stadt stabil zu halten, jener ist, der privatwirtschaftliches Engagement unterstützt. Die Fraktion ist mittlerweile die letzte verbliebene Bastion im Kampf gegen eine neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft und die damit verbundene städtische Neuverschuldung – nachdem sich selbst Markus Ulbig (CDU) im Kampf um den OB-Posten für städtischen Wohnungsbau aussprach.

Mehr dazu lesen Sie auf Seite 3.

Kita-Streiks: Erstattung der Elternbeiträge

FDP/FB-Fraktion fordert die anteilige Entlastung von Eltern bei streikbedingter Kita-Schließung in Dresden

Diese Kita wird bestreikt: Um ihre Forderung nach einer besseren Eingruppierung und damit verbundenen durchschnittlich zehn Prozent mehr Lohn für kommunale Kita-Beschäftigte durchzusetzen, hat die Gewerkschaft Verdi in den vergangenen Wochen immer wieder zu Streiks aufgerufen. Die Konsequenzen aus diesen Aktivitäten haben vor allem Kinder und Eltern zu tragen. Allein acht Mal standen sie in diesem Jahr in Dresden schon vor geschlossenen Türen städtischer Kitas.



Dienst bei Bund und Kommunen, findet der aktuelle Streik nun sogar außerhalb der Tarifrunden statt.

umsmöglichkeiten für ihren Nachwuchs umsehen müssen, auch die gezahlten Elternbeiträge für den Kita-Besuch werden nicht erstattet. „Gerade für berufstätige Eltern und Alleinerziehende bedeutet jeder einzelne Streiktag eine organisatorische Herausforderung. Die Absicherung der Kinderbetreuung außerhalb der Kita geht für sie oft einher mit der Inkaufnahme zusätzlicher Kosten oder der Inanspruchnahme von Urlaubstagen“, macht FDP-Stadtrat Jens Genschmar deutlich. „Dazu kommt, dass sie oftmals keine Chance haben, sich mit ausreichender Vorlaufzeit auf die Folgen eines Streiks vorzubereiten.“ Auch für die Unternehmen, in denen die Eltern tätig sind, ist die Streiksituation eine besondere Herausforderung.

zumindest das Geld für ungenutzte Tickets zurückbekommt, haben Eltern in Dresden bisher keine Chance, anteilig entlastet zu werden. Dabei sind Elternbeiträge in Sachsen ganz klar als Anteil der Betriebskosten zu sehen“, unterstreicht Genschmar. „Es kann nicht sein, dass Eltern – gerade bei langanhaltenden Streiks – für nicht erbrachte

Leistungen zahlen müssen, während die Stadt auf der anderen Seite spart.“ Die FDP/FB-Fraktion fordert daher eine Änderung der Satzung, um zukünftig eine anteilige Erstattung von Elternbeiträgen zu ermöglichen. In Leipzig und Zwickau ist dies bereits der Fall. Der Chemnitzer Stadtrat soll sich im Juli mit dem Thema beschäftigen.

Und die Streikbereitschaft scheint zuzunehmen: Kam es in der Vergangenheit noch nachvollziehbar zu Arbeitsausständen bei den Tarifrunden zwischen Arbeitnehmern und -gebern im Öffentlichen

Dresdner Eltern werden bei jedem Streik gleich doppelt bestraft: Nicht nur dass sie sich nach alternativen Betreu-

Die Stadt als Betreiber der Kindertageseinrichtungen spart hingegen an Streiktagen eine nicht unerhebliche Summe an Personalkosten und anderen Ausgaben ein. „Während man bei Bahnstreiks

Millionenkosten durch neuen Betreuungsschlüssel

Parallel deckte eine Anfrage der FDP/FB-Fraktion an die Stadtverwaltung ein bevorstehendes Finanzloch in Millionenhöhe auf: Die von der schwarz-roten Landesregierung beschlossene, schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertageseinrichtungen bis 2019 bedeutet – aufgrund unzureichender Landeszuschüsse – nach heutigem Stand einen jährlichen Fehlbetrag von 3,7 Millionen Euro im Haushalt der Landeshauptstadt für die Schaffung

von 420 neuen Vollzeitstellen. „Das ist unredlich. Schwarz-Rot verteilt auf Landesebene SPD-Wahlgeschenke und die Kommunen müssen dafür bezahlen“, macht Fraktionschef Holger Zastrow seinem Ärger Luft. „Wir fordern vom Freistaat die vollständige Kostenübernahme.“ Eltern droht durch die Absenkung des Betreuungsschlüssels durch den Freistaat zudem eine deutliche Steigerung der Elternbeiträge von bis zu 19 Euro pro Monat, wie die Stadt nun errechnet hat.

INHALT / SEITE 2

➔ Eskalation im Fall Marina Garden

INHALT / SEITE 2

➔ Unterbringung von Asylbewerbern

INHALT / SEITE 4

➔ OB-Wahl: 1. Wahlgang

Eskalation im Streit um Marina Garden

Posse um Elberadweg offenbart, wohin die wirtschafts- und investorenfeindliche Politik von Linksgrün Dresden führt.

„Die Geister, die ich rief...“: Am 7. Mai konnte ganz Dresden sehen, wohin die kompromisslose Politik von Linken, SPD und Grünen und die permanenten verbalen Entgleisungen gegenüber Investoren im Stadtrat führen. Marina Garden-Investorin Regine Töberich ließ nach mehrfacher Ankündigung ihren Worten Taten folgen und einen Teil des Elberadwegs wegbaggern. Wo bei sich später herausstellte, dass sie im Eifer des Gefechts auch noch den falschen, weil außerhalb ihres Grundstücks liegenden Abschnitt erwischte. „Das kann sicher nicht der Weg sein, um diesen Konflikt zu lösen. Andererseits muss man ehrlich fragen ‚Wie weit muss man einen Grundstückseigentümer treiben, damit er so etwas tut?‘“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. „Das ist also das Ergebnis der ideologischen, wirtschafts- und investorenfeindlichen Politik der Koalition um Herrn Schollbach. Mit der Ablehnung jedes konstruktiven Diskurses und der schamlosen Bedienung der eigenen Klientel spaltet sie die Stadt immer mehr.“

Noch 2010 hatte der Stadtrat einstimmig dem Masterplan für die

Bebauung der Leipziger Vorstadt – Grundlage für die Vorhaben Marina Garden und Hafencity – zugestimmt. Doch bereits kurz nach der Kommunalwahl im vergangenen Jahr, forderte die neue linksgrüne Ratsmehrheit, dass Regine Töberich einen Teil des von ihr erworbenen und für den Bau von Marina Garden vorgesehenen Grundstücks weiterhin zur Nutzung für die Kultur- und Kreativwirtschaft zur Verfügung stellen soll. Obwohl es zu diesem Zeitpunkt bereits eine richterliche Anordnung gab, dass die bis dahin geduldeten Mitglieder des Vereins Freiraum Elbtal das Gelände verlassen müssen. Im April machte man dann im Stadtrat Nägel mit Köpfen. SPD, Linke und Grüne kippten den einst beschlossenen Masterplan, um ihn nach den eigenen Zielen zu überarbeiten. Doch das kann leicht mehrere Jahre dauern. Die Aufstellung des letzten Masterplans in diesem Gebiet hat fast zwei Jahre gedauert und konnte am Ende nur so schnell erfolgen, weil man für die Umsetzung des Hochwasserschutzes auf später folgende Planungen verwiesen hat. „Diese Entscheidung stellt die Projekte Marina Garden, Hafencity und Globus in Frage –



und damit Investitionen in Höhe von rund 210 Millionen Euro sowie 530 Wohnungen und 350 Arbeitsplätze“, prophezeite Zastrow direkt im Anschluss. Dabei täte es gerade diesem Innenstadtnahen Areal, auf dem bisher nur Brachen zu finden sind, gut, wenn hier eine attraktive Bebauung entsteht. Doch daraus wird nun erst einmal nichts: „Mit allen Plänen, Gutachten und gesetzlichen Teilnahmeverfahren, die nun wiederholt werden müssen, droht der Leipziger Vorstadt auf Jahre hin der Stillstand. Wann mit einem Baubeginn zu rechnen ist, kann absolut niemand belastbar sa-

gen. Diese Unsicherheit ist investorenfeindlich, ohne Wenn und Aber“, erklärt Zastrow. Ganz zu schweigen davon, dass es vor 2020 überhaupt keine Chance auf einen Hochwasserschutz gibt, denn dieser muss vom Freistaat geschaffen werden und die dazugehörigen Programme sind bis 2019 restlos ausgebu-

Auf der einen Seite mag die Eskalation des Streits um Marina Garden eine amüsante Posse sein, die Dresden die berühmtesten 50 Meter Elberadweg bescherte. Doch dahinter steckt viel mehr: „Das, was Dresden jahrelang für Inves-

toren attraktiv gemacht hat – ein investorenfreundliches Klima und absolute Verlässlichkeit bei einmal beschlossenen Aussagen – gilt plötzlich nicht mehr. Stattdessen werden Eigentümerrechte mit Füßen getreten und potentielle Investoren abgeschreckt“, macht Zastrow seinem Unmut Luft. „Doch der linksgrüne Kurs ist nicht nur investorenfeindlich, sondern auch inkonsequent. Auf der einen Seite will auch Rot-Rot-Grün, dass neue Wohnungen in Dresden entstehen, in der Leipziger Vorstadt haben sie das jedoch gerade bravourös verhindert.“

Kostenübernahme für Unterbringung von Asylbewerbern

Nachhaltige Reformen bei der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik sind aktuell nicht zu erwarten – mit den Konsequenzen haben aber nicht Bund und Länder, sondern in erster Linie die Kommunen vor Ort zu kämpfen. Die Schaffung von 2.239 zusätzlichen Plätzen für Asylbewerber in den Jahren 2015/2016 beschloss der Stadtrat Ende vergangenen Jahres. Da die Unterstützung vom Land aber geringer ausfällt als geplant, fehlen allein für dieses

Investitionsprogramm bereits jetzt rund fünf Millionen Euro, wie eine Information der Stadt im April ergab. Doch dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Von Anfang an war klar, dass dieser Beschluss nur der erste Schritt zur Erweiterung der notwendigen Kapazitäten sein kann. Aktuell sucht die Stadt schon nach weiteren Objekten, um die unumgängliche Aufstockung der Plätze voranzutreiben und stellt dafür erneut enorme eigene investive Mittel

zur Verfügung. Dazu kommen die laufenden Kosten für die Unterbringung der Asylbewerber. Hier plant Dresden aktuell mit rund zehn Millionen Euro Eigenmittel pro Jahr.

„Die Kommunen haben mit handfesten Problemen zu kämpfen, da die Finanzierung des Freistaats von Anfang an nicht adäquat war. Auch ein im Februar im Lenkungsausschuss Asyl unter Vorsitz von Integrationsministerin Petra Köp-

ping (SPD) beschlossenes Maßnahmenpaket hilft den Kommunen nicht bei der Bewältigung der finanziellen Herausforderungen, die mit der Betreuung und Unterbringung der Asylsuchenden einhergehen“, stellt FDP-Stadtrat Jens Genschmar klar. In einem entsprechenden Antrag fordert seine Fraktion daher, dass die Stadt die vollständige Übernahme der Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern durch

den Freistaat Sachsen einfordert. Dass das gehen kann, hat Sachsen-Anhalt als erstes Bundesland vorgemacht. Zudem geht die FDP/FB-Fraktion noch einen Schritt weiter: „Das Land soll auch dazu angehalten werden, sich beim Bund für eine neue Regelung der Finanzierung des gesamten Asylverfahrens einzusetzen und langfristig auf eine dauerhafte Reform der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik hinwirken“, erläutert Genschmar.

KURZNACHRICHTEN

Es kann losgehen: Handball-Sporthalle darf gebaut werden

Endlich mal eine gute Nachricht aus dem Dresdner Stadtrat: Der Weg für die neue Sporthalle des HC Elbflorenz 2006 e.V. ist frei. Der Stadtrat gab grünes Licht für das durch privates Engagement möglich gewordene Bauvorhaben an der Magdeburger Straße gegenüber der Yenidze in Friedrichstadt. Im Gegensatz zu anderen herausragenden Dresdner Bauprojekten stand diesmal die Mehrheit – trotz der immer wieder neu auftauchenden Bedenken und Einwände insbesondere von SPD, Linken und Grünen. Als FDP/FB-Fraktion

haben wir das Projekt in allen beratenden Ausschüssen immer unterstützt, denn Sporthallenflächen – besonders für höherklassige Mannschaftsportarten wie Handball, Volleyball oder Basketball – sind in der Landeshauptstadt überaus knapp. „Wir freuen uns mit und für die Dresdner Handballer, den Sport insgesamt und danken dem Investor für seinen Einsatz, seinen Mut und seine Beharrlichkeit. Wir wünschen ihm viel Erfolg beim Bau“, so FDP-Sportexperte Jens Genschmar.

Scheinheiliger Vorstoß zu Bürgerbeteiligung

Linke, Grüne, SPD und Piraten wollen eine Bürgerbeteiligungssatzung für Dresden erlassen. Und das obwohl sie noch im April das Bürgerbegehren für vier stadtweite verkaufsoffene Sonntage im Jahr abgelehnt haben. „Das ist ein reines Wahlkampfmanöver. Der Vorstoß ist angesichts der Ablehnung des Bürgerbegehrens unglaubwürdig, dreist und frech. In Wahrheit tritt Linksgrün echte Bürgerbeteiligung mit Füßen und dies immer und immer wieder“, ärgert sich FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow.

Einführung der Bettensteuer: Nächste wirtschafts- und tourismusfeindliche Entscheidung getroffen

Anfang Mai haben Linke, SPD und Grüne die Einführung einer Bettensteuer wie angekündigt durchgedrückt. „Nach dem Verbot der verkaufsoffenen Sonntage ist das ein weiterer Schlag für die Tourismuswirtschaft, eine der wichtigsten Branchen unserer Stadt. Die Kette wirtschafts- und tourismusfeindlicher Entscheidungen setzt sich damit nahtlos fort“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. Um die eigenen Haushaltslöcher zu stopfen, nimmt Linksgrün billigend in Kauf, dass hunderte von Unternehmen und rund 20.000 Ar-

beitnehmer in Dresden mit mehr Abgaben und Bürokratie gezeißelt werden. Auch alle rechtlichen Bedenken wurden – trotz des Kurtaxen-Fiascos – ignoriert. Wieder droht Dresden über Monate, wenn nicht sogar Jahre, ein rechtlicher Schwebezustand mit den gleichen kritischen finanzpolitischen Konsequenzen. Dabei ist eines sicher: Die Landeshauptstadt hat keine Rücklagen mehr, um das bereits verplante Geld aus der Beherbergungssteuer zu ersetzen. Sollte auch diese Seifenblase platzen, wird es ernst für Dresden.

Weder WOBA noch DREWO: Privater Wohnungsbau muss unterstützt werden

FDP/FB-Fraktion hält weiter am privatwirtschaftlichen Weg für den Dresdner Wohnungsmarkt fest.



Von der Lauenhainer Straße in Striesen ...

Rot-Rot-Grün fordert eine neue WOBA, für die CDU vollzog Markus Ulbig im Rahmen seiner OB-Kandidatur eine 180-Grad-Wendung und biedert sich mit seiner DREWO förmlich bei der linksgrünen Ratsmehrheit an – das Thema „Kommunaler Wohnungsbau“ ist aktuell in aller Munde. Doch ganz egal wie man das Vorhaben nennt, das Ergebnis ist stets dasselbe: Die Gründung einer neuen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft würde Dresden auf direktem Weg in die Neuverschuldung führen. Ein Preis, den alle Dresdner auf

Generationen zahlen. „Besonders der Vorstoß von Markus Ulbig ist bei allem Respekt ein echter Rückschritt. Was treibt ihn nur dazu, einen der größten politischen Erfolge des bürgerlichen Lagers derart zu konterkarieren und sich auf diese politische Geisterfahrt zu begeben?“, zeigt sich FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow entsetzt.

Dabei ist ein kommunaler Eingriff in den Dresdner Wohnungsmarkt überhaupt nicht nötig, wie die aktuellen statistischen Auswertungen der Verwaltung zeigen. Die Privat-

wirtschaft baut bereits massiv in Dresden, der Boom nimmt immer weiter zu. 4.204 Wohnungen wurden 2014 in Dresden fertiggestellt und damit 27 Prozent mehr als im Vorjahr. Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr Baugenehmigungen für 1.183 Gebäude mit insgesamt 6.397 Wohnungen erteilt. Bei 3.193 von ihnen handelt es sich um Wohnungsneubau – eine Steigerung von 75 Prozent gegenüber 2013. Generell steigt seit 2011 die Zahl erteilter Baugenehmigungen für Wohnungen stark an (siehe Grafik).

Für Zastrow lässt das nur eine Schlussfolgerung zu: „Das Ziel der städtischen Politik muss es sein, diesen privaten Bauboom zu unterstützen. Die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft würde die Stadt nicht nur mit Blick auf die Haushaltslage teuer zu stehen kommen, sondern auch das privatwirtschaftliche Engagement abwürgen.“ Gerade beim Abbau bürokratischer Hürden für private Investoren oder dem Ausweisen neuer Flächen für den zukünftigen Wohnungsbau sieht die FDP/FB-Fraktion Verwaltung und Stadtrat in der Pflicht.

„Mit diesen geradezu einfachen Mitteln können wir den Wohnungsbautrend in Dresden weiterhin und vor allem mit sofortiger Wirkung positiv beeinflussen, während eine kommunale Wohnungsgesellschaft sowieso nicht vor 2018/2019 eigene Wohnungen fertiggestellt bekommt“, macht Zastrow deutlich und betont zugleich noch einmal, dass es Augenwischerei sei, davon auszugehen, ein kommunales Unternehmen könne günstiger bauen als private Investoren. Schon allein

die vom Bund vorgegebenen Normen wie Energieeinsparordnung (EnEV) oder einzuhaltende Gesundheitsstandards machen das mit Blick auf die Baukosten unmöglich. „Wir als Genossenschaften sind nicht profitorientiert, aber auch wir schaffen es nicht, für un-

quote lag damit bei 6,8 Prozent. Zwar ist dies ein Rückgang um 0,8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013, doch von den oftmals propagierten Verhältnissen in München, Hamburg oder Frankfurt/Main, wo der Leerstand 2013 gerade mal noch 0,5 bzw. 0,7 Prozent betrug,



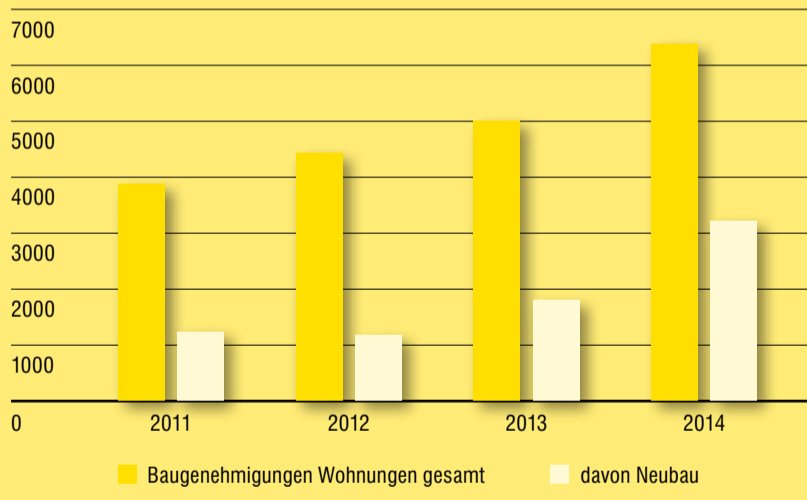
... über das Prager Carrée am ehemaligen Wiener Loch ...

ter neun Euro kalt pro Quadratmeter zu bauen – aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Auch eine städtische WOBA könnte das nicht“, hatte Dr. Axel Viehweger, Vorstand Interessensbereich des Verbands Sächsischer Wohnungsgenossenschaften, bereits im Juli 2014 im Stadtrat klargestellt.

Der Wohnungsbestand in Dresden belief sich zum Jahresende 2014 auf 293.922 Einheiten. Die Leerstands-

ist man in Dresden weit entfernt. Bis 2030 soll die Einwohnerzahl der sächsischen Landeshauptstadt von aktuell 540.000 auf 585.000 steigen. „Statt abstruser und nicht finanzierbarer Ideen wie WOBA oder DREWO müssen wir unsere Anstrengung darauf richten, mit einer investorenfreundlichen Politik den Grundstein zu legen, um auch den Dresdner Wohnungsmarkt weiter wachsen zu lassen“, fordert Zastrow.

Erteilte Baugenehmigungen für Wohnungen in Dresden



... bis zum Herzogin Garten: Dresden erlebt einen Bauboom.

KURZNACHRICHTEN

Vorstoß zur Sanierung Stauffenbergallee

Nachdem der Bauausschuss auf Antrag der FDP bereits 2013 die Vorlage der Baupläne für die Sanierung der Stauffenbergallee forderte, ergab eine aktuelle Anfrage von FB-Stadtrat Franz-Josef Fischer, dass diese erst zum Haushalt 2017/18 vorgelegt werden sollen. „Seit Jahren warten wir auf die Sanierungspläne. Die Straße ist eine Zumutung. Die Verzögerungstaktik der Stadt ist nicht nachvollziehbar und angesichts der Entwicklung des Areals sogar unverantwortlich. Die Pläne müssen auf den Tisch“, fordert Fischer.

Zastrow in Bundespräsidium gewählt

Comeback für den Chef der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat: Holger Zastrow ist auf dem Bundesparteitag der FDP in Berlin als Beisitzer in das Präsidium der Partei gewählt worden. Mit 72 Prozent konnte er sich im ersten Wahlgang gegen Rudi Rentschler aus Baden-Württemberg durchsetzen. Zastrow kehrt damit nach einer Pause in das höchste Führungsgremium der Freien Demokraten zurück. Ich freue mich auf die neue Aufgabe. Auf geht's, es gibt viel zu tun“, so seine erste Reaktion. Wir gratulieren herzlich!

Schandfleck und Kostenfresser

Der „Trichter“ in der Seestraße, der einen Blick in die Kanalisation der Stadt erlaubt, wird mehr und mehr zum Schandfleck. Auch deshalb war die FDP Dresden immer gegen das „Klo-Kino“, wie der Volksmund das über 300.000 Euro teure Kunstwerk bezeichnet. Insbesondere die damalige FDP-Stadträtin Barbara Lässig warnte immer wieder vor den enormen Kosten des vom Kulturbürgermeister und der Ratsmehrheit durchgeboxten Vorzeigeprojekts aus dem Bereich „Kunst im öffentlichen Raum“. Leider behielt sie Recht.

Für eine lebenswerte Stadt: Kleingärten in Dresden bewahren

Auf seiner Maisitzung befasste sich der Stadtrat in einer aktuellen Stunde mit dem Kleingartenwesen. Für die FDP/FB-Fraktion, die das Thema auf die Tagesordnung setzte, sprach der Vorsitzende des Stadtverbandes Dresdner Gartenfreunde e.V. Frank Hoffmann und zeichnete die Entwicklung des Kleingartenwesens in den vergangenen Jahren nach. Er steht stellvertretend für rund 24.400 Pächter in 373 Gartenanlagen auf 788 Hektar Landfläche in Dresden. So funktioniert die Kommunikation mit der Stadtverwaltung nach

der Einrichtung des Kleingartenbeirates zwar wesentlich besser, ist aber weiter ausbaufähig. Für manches Bauvorhaben müssen immer noch Gartenanlagen weichen und rechtzeitig Ersatzstandorte gesucht werden. Aufgrund des Wachstums der Stadt stehen seiner Ansicht nach zukünftig weniger Gartenflächen zur Verfügung, dabei zeigen immer mehr junge Menschen Interesse. Nicht zu vergessen: Auch die hohe Aktivität der Kleingärtner hat Dresden zum Sieg beim Europawettbewerb Entente Florale verholfen.

Dresdens neuer OB: Entscheidung fällt erst am 5. Juli

Dirk Hilbert und Eva-Maria Stange liegen nach dem ersten Wahlgang vorn. Markus Ulbig zieht zurück.



Ein rot-rot-grünes Mehrheitsbündnis entscheidet seit der Kommunalwahl 2014 im Dresdner Stadtrat. Diese Dominanz konnte das Lager bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl am 7. Juni nicht wiederholen: Sie endete mit einem Kopf-an-Kopf-Ergebnis zwischen dem amtierenden Oberbürgermeister Dirk Hilbert (Unabhängige Bürger für Dresden e.V. / FDP) und der sächsischen Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (Gemein-

sam für Dresden / SPD). Da keiner der sechs Kandidaten die absolute Mehrheit erreichen konnte, muss ein zweiter Wahlgang am 5. Juli die finale Entscheidung bringen, wer die sächsische Landeshauptstadt in den kommenden sieben Jahren regieren wird. Dabei reicht dann bereits die einfache Mehrheit für den Sieg.

CDU-Kandidat Markus Ulbig wird Anfang Juli in jedem Fall nicht mehr antreten. Noch am Wahlabend zog der sächsische Innenminister damit die Konsequenz daraus, dass er mit 15,4 Prozent nur abgeschlagen hinter Stange und Hilbert auf Platz drei landete. Sicher ist zudem, dass das Ergebnis von 36 Prozent für Eva-Maria Stange eine herbe Enttäuschung für das rot-rot-grüne Lager darstellt, auch wenn Stange im Anschluss von einem „sehr guten Ergebnis“ sprach. Knapp 53 Prozent der Stimmen konnte das Bündnis bei der Kommunalwahl 2014 noch für sich verbuchen und verlor somit fast ein Drittel seiner Wähler. „Sehr zufriede-

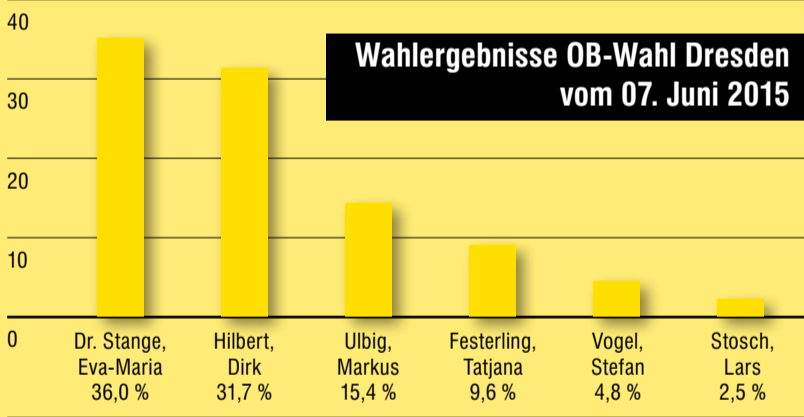
den“ zeigte sich dementsprechend Dirk Hilbert, der nun am 5. Juli – nach dem Rückzug Ulbigs – auf eine breite Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager hofft.



Ein positives Resümee zog auch Dresdens Wahlleiterin Ingrid van Kaldenkerken. Knapp 223.000 der insgesamt rund 436.000 wahlberechtigten Dresdner gaben am 7. Juni ihre Stimme ab. Das bedeutete eine Wahlbeteiligung von 51,1 Prozent. Diese lag damit erfreulicherweise deutlich höher als 2008, als im ersten Wahlgang gerade einmal 42,2 Prozent an die Urnen schritten. Nur 1994 konnte mit 67,1 Prozent bei der Erstwahl eine höhere Resonanz bei einer OB-Wahl in Dresden verzeichnet werden. „Die bessere Wahlbeteiligung ist ein erfreuliches Signal“, so FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow. „Ich hoffe nun, dass im zweiten Wahlgang die bürgerliche Mitte gewinnt und ein weiterer Linksrutsch unse-

rer Stadt verhindert werden kann. Wir alle haben in den vergangenen Monaten gesehen, wie die neue Ratsmehrheit zu Streitigkeiten und Spaltungen in Dresden geführt hat. Eine wichtige Aufgabe für den neuen Oberbürgermeister ist es daher, als Korrektiv und Vermittler zu agieren.“

Zunächst aber gilt es, auch für den zweiten Wahlgang noch einmal möglichst viele Wahlberechtigte zur Stimmabgabe zu motivieren. Mit Ausnahme des Jahres 2001 lag die Wahlbeteiligung beim zweiten Urnengang in Dresden immer unter der des ersten. Dies soll diesmal möglichst anders sein: „Am 5. Juli geht es darum, wer in den kommenden sieben Jahren an der Spitze der Stadtverwaltung steht und Dresden vertritt. Das ist ganz entscheidend für alle, die in unserer Stadt leben“, ruft Zastrow zu einer möglichst noch höheren Wahlbeteiligung auf.



Heute: Das Zeitalter der Langeweile

Wir haben nun seit einem Jahr eine wahrhaft große Koalition im Dresdner Stadtrat, gleich vier Gruppen unter einer Fahne! Allein für sich konnten diese Gruppen zuvor nichts gestalten, aber nun sollte es losgehen! Doch was geschah bisher? Ein Jahr gährende Langeweile!

Woran liegt das wohl? Die Dresdner Wähler scheinen sich an das geschäftsmäßig-nüchterne Regieren gewöhnt zu haben. Sie erwarten scheinbar keine mächtigen Entscheider, die kraftstrotzend und darstellungsreich Wegrichtungen entscheiden. Stattdessen sollen die Politiker bescheiden auftreten, sollen die Probleme der Bürger lösen, ohne sich selbst zu inszenieren. Sie sollen einfach unauffällig kalkulierbar sein. Kurz: Problemlotsen, die nicht zu viel versprechen, sondern dafür sorgen, dass alles beim Alten bleibt.

Das rot-rot-grün-orange Bündnis plustert sich auf, nun einheitlich die Vielfalt der Aufgaben zu lösen. Es führt Scheindebatten, die den Zuhörer staunen lassen, wie intelligent die Koalition mit ihrem Nicht-Wissen umgeht. Da aber

in dieser eiligen Zeit oft des Morgens nicht klar ist, wie der Tag politisch verläuft, fühlt sich das große Bündnis gut beraten, in den Zustand des Abwartens, des Beruhigens, des kümmernden Verzögerns zu verfallen. Beste Instrumente hierfür: neue Beiräte und runde Tische. Der echte politische Disput bleibt außen vor, die Demokratie wird verzerrt. Die immerwährende Debattenführung führt zu einem Stillhalten über politischen Minenfeldern, sie lähmt den Parteienwettbewerb. Plötzlich auftretende Krisen wie zum Beispiel Montagsspaziergänge in Dresden können gar nicht bewältigt werden. Der jetzt aktuelle Politikstil der linksorientierten Koalition beschreibt nur alltägliche Wirklichkeiten, nie jedoch Möglichkeiten. Die Qualität einer Demokratie lebt aber immer vom Wechsel zwischen Entscheidung und dem öffent-

lichen Ideenaustausch. Wer keine Möglichkeiten beschreibt, der drückt sich vor Gestaltungszielen. Ohne Gestaltungsziele kann sich keine notwendige Debatte entfalten, erst recht keine emotionale Leidenschaft, die Dresden so nötig hätte. Um die Qualität der Demokratie besonders für die politische Mitte – ohne den Populismus der extremen Gruppen – zu sichern, brauchen wir mehr Streit, mehr Ideologie, mehr Begeisterung und besonders in diesen Wochen weniger langweilige Politikentscheider.

Ihr

Franz-Josef Fischer

Umfassend aus Unternehmen der Stadt informieren

In den vergangenen Wahlperioden waren stets alle Fraktionen in den Kontrollgremien städtischer Unternehmen vertreten. Mit dem von Linksrün durchgedrückten Besetzungsverfahren (sh. Ratsdepesche 01/2015) hat sich das nun geändert. Die beiden kleinsten Fraktionen, FDP/FB sowie AfD, sind – trotz dass sie gemeinsam so viele Sitze haben wie die SPD-Fraktion – aus den Aufsichtsräten ausgeschlossen. Damit ist auch die in der Sächsischen Gemeindeordnung festgelegte, umfassende und frühzeitige Einbindung und Information des gesamten Rates in alle wichtigen Angelegenheiten der betreffenden Unternehmen nicht mehr gewährleistet.

„Dies muss sich schnellstens ändern. Wir fordern daher, dass für jeden Aufsichtsrat ein Berichterstatter und ein Stellvertreter benannt werden, die schriftlich über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, beispielsweise die Besetzung entscheidender Personalstellen, die Aufnahme von Krediten oder die Planung von Großprojekten mit deutlichen Auswirkungen auf das jeweilige Unternehmen, informieren“, so FDP-Stadtrat Dr. Thoralf Gebel. „Zudem sollen zukünftige Stadtratssitzungen durch den Tagesordnungspunkt ‚Bericht aus den Aufsichtsräten‘ im nichtöffentlichen Teil ergänzt werden, um den Räten die Möglichkeit für Diskussionen und Rückfragen zu den schriftlichen Informationen einzuräumen.“

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträtinnen Franz-Josef Fischer, Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra
Gesamtherstellung: Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

Jacqueline Masopust (S. 3, 4),
Karsten Prauße (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662